



<https://biz.li/350w>

# MEHR PLATZ FÜR WINDKRAFT: NEUE FESTLEGUNGEN FÜR DIE REGION HANNOVER

Veröffentlicht am 02.03.2022 um 16:26 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Der Anteil der Stromproduktion aus Windenergie beträgt aktuell etwa zehn Prozent am Gesamtstromverbrauch in der Region Hannover. Um Kohle, Gas und Heizöl bis möglichst zum Jahr 2035 durch ausschließlich klimafreundliche, erneuerbare Energien zu ersetzen, ist die fünffache Menge an Windstrom - neben dem Ausbau der Fotovoltaik - nötig. "Um Platz für neue oder leistungsstärkere Anlage zu schaffen, müssen wir jetzt potenziell geeignete Standorte und Flächen festlegen", sagt Regionspräsident Steffen Krach. "Wir haben das Ziel im Blick. Aber damit die Energiewende wirklich zu meistern ist, brauchen wir auch geänderte Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene." "Im besten Fall könnten in der Region Hannover jährlich über 3.000 Gigawattstunden Windstrom erzeugt werden. Damit werden wir den Anteil der Windkraft um das Fünffache erhöhen", bilanziert Regionspräsident Krach. Zurzeit erzeugen die 260 vorhandenen Windräder etwa 560 Gigawattstunden pro

Jahr. Rechnerisch deckt dies den privaten Verbrauch von etwa 350.000 Menschen. "Windkraft ist jedoch nur eine Säule der erneuerbaren Energien. Durch die Änderungen im Landesraumordnungsprogramm rechnen wir deshalb mit einer steigenden Nachfrage nach Fotovoltaik." Mit der Auslegung der Planungsunterlagen zur Neufestlegung der Windenergienutzung beginnt noch im Frühjahr das öffentliche Beteiligungsverfahren zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP). Parallel zur öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen wird die Region Hannover Informations- und Diskussionsveranstaltungen in der Region Hannover durchführen. "Nachdem das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht im März 2019 die im RROP getroffenen und politisch beschlossenen Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung für unwirksam erklärt hatte, waren wir gefordert eine Neuplanung vorzunehmen", erläutert die Dezernentin für Umwelt. Planung und Bauen der Region Hannover, Christine Karasch: "Wir wollen für die Windkraft Flächen mobilisieren, die als geeignet beurteilt werden." Rund 2.600 Hektar Fläche - 1,1 Prozent der Regionsfläche - sollen als sogenannte Vorranggebiete Windenergienutzung festgelegt werden, also Flächen, die für die Windenergieproduktion gesichert sind. Weitere 1.700 Hektar (0,8 Prozent) bekämen den Status von "Vorbehaltsgebietes", in denen insbesondere ältere Anlagen durch Windenergieanlagen der neuesten Generation mit bis zu vier Megawatt (MW) Leistung ersetzt werden könnten. "Wir gehen jetzt den nächsten Schritt auf dem Weg zur fossilfreien Region Hannover und stellen so viele Flächen zur Verfügung, wie es derzeit rechtlich und tatsächlich möglich ist. Das Zwei-Prozent-Ziel ist zum Greifen nah. Die Energiewende ist aber eine Daueraufgabe, die damit nicht erledigt ist", so Krach. Der Regionspräsident nannte als Beispiele die "Öffnung" von Waldflächen für die Windenergie durch die Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms, angekündigte Gesetzesänderungen zum Arten- und Landschaftsschutz und insbesondere bei den Belangen der zivilen und militärischen Luftfahrt. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten deutlich verkürzt werden. Als Hubschraubertiefflugkorridoren und -strecken sind zum Beispiel derzeit rund 20 % der Regionsfläche freizuhalten und scheiden damit als Standorte für Windenergie aus. Auch eine Optimierung der Planungswerkzeuge sei wichtig, darauf weist Sonja Beuning, Leiterin des



**Teamleiter Dr. Wolfgang Jung, Planungsdezernentin Christine Karasch, Regionspräsident Steffen Krach und Fachbereichsleiterin Sonja Beuning präsentieren das neue Kapitel zur Windenergienutzung im Regionalen Raumordnungsprogramm. Philipp Schröder**

Fachbereichs Planung und Raumordnung der Region Hannover hin: "Dazu gehört der Aufbau eines digitalen Bauleitplan-Katasters oder die Bereitstellung von geeigneten Tools zur Online-Beteiligung bei Planungsverfahren durch das Land. Die für das Regionale Raumordnungsprogramm vorgesehene Neu-Festlegung der Windenergienutzung erfolgt ohne Ausschlusswirkung. "Die Nutzung weiterer Flächen außerhalb der festgesetzten Standorte wäre damit grundsätzlich möglich, sofern nicht öffentliche Interessen wie zum Beispiel der Artenschutz entgegenstehen", erläutert Wolfgang Jung, Leiter des Teams Regionalplanung. Dieser größere Gestaltungsspielraum würde vor Ort den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, auch im Sinne einer höheren Akzeptanz bei Entscheidungen für oder gegen Windkraftstandorte. Lokale Flächenanpassungen wären möglich. Das Planungskonzept Windenergie wird am 15. März 2022 im Ausschuss für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europaangelegenheiten vorgestellt. Vorbehaltlich des politischen Beschlusses erfolgt die Einleitung des Beteiligungsverfahrens.